

E-Mail am 15.09.2023 an

**die Mitglieder des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes**

Sehr geehrte Mitglieder des Planungsausschusses des RPV,

der RPV hat bereits am 6.12.22 einen Antrag der Gemeinde Taufkirchen auf Rücknahme des regionalen Grünzugs u.a. aus klimaökologischen Gründen abgelehnt. Die Klimaprobleme haben sich seitdem für alle spürbar erheblich verschärft. Das Landesamt für Umweltschutz zeigt in seinem Klimainformationssystem, wie dramatisch sich unser örtliches Klima weiter verschlechtern wird, wenn wir keinen Klimaschutz betreiben. Dazu gehört für München und Umgebung, dass die Grünzüge und Frischluftschneisen in vollem Umfang erhalten bleiben müssen, wie es der Regionalplan vorschreibt, damit der kühlende Wind aus den Bergen (alpines Pumpen) ungehindert in die Stadt einfließen kann.

Nun will die Gemeinde Taufkirchen federführend gemeinsam mit Ottobrunn ein Planungskonzept erstellen zur Klärung der Erforderlichkeit der Herausnahme von Flächen aus den regionalen Grünzügen 10 und 11. Damit werden die klare Zielvorgaben des Regionalplans für Grünzüge missachtet, weil die klimaökologische Bedeutung der Grünzüge nicht behandelt wird. Die Gemeinde macht das nicht allein, sondern im Hintergrund gibt die Staatsregierung den Takt vor und verletzt damit die eigenen Zielvorgaben. Wir gehen davon aus, dass die gesamte Kette vom Ministerpräsidenten zu den entsprechenden Ministerien, zur Regierung von Oberbayern, zum Landrat bis hin zu den Gemeinden reicht. Hinzu kommen die Interessen der Unternehmen, wobei von Startup-Unternehmen in den nächsten 10-15 Jahren ohnehin keine Gewerbesteuern zu erwarten sind.

Wozu dieser Aufwand? Es geht um das Prestigevorhaben Luft- und Raumfahrtzentrum in Ottobrunn/Taufkirchen. Dafür werden alle klimaökologischen Zielvorgaben und Erkenntnisse beiseite geschoben. Die Herausnahme von Flächen aus den Grünzügen 10 und 11 hätte zur Folge, dass in anderen Bereichen der Grünzüge aus Gleichheitsgrundsätzen das gleiche passiert, z. B. im Bereich von Neubiberg. Das Grünzugskonzept der ganzen Region würde damit gefährdet. Die Menschen in den Hitzeinseln wie München müssten unter dem Verlust des Kaltlufttransports leiden, ganz zu schweigen von den zusätzlichen Belastungen der Bevölkerung durch die extrem mangelhafte Infrastruktur in der Region. Die Herausnahme von Flächen aus dem Grünzug wäre eine unumkehrbare klimaökologische Todsünde. Eine solche Entscheidung wäre politisch verantwortungslos; das Klimaurteil des BVerfG hat dazu eine klare Grenze gezogen.

Es geht um die Gesundheit und Wohlergehen der Bevölkerung und nachfolgender Generationen. Die Glaubwürdigkeit der Klimapolitik in der Region München wird von den Menschen sehr aufmerksam beobachtet. Stoppen Sie dieses verantwortungslose Vorhaben von Anfang an!

Mit besten Grüßen

Thomas Kiesmüller  
Sprecher der Bürgerinitiative Frischluftzufuhr für München  
<https://frischluftzufuhr-muenchen.de/>